

Schulwesen der Schweiz ist wegen seiner Alternativ- und Ergänzungsfunktion von Bund und Kantonen anzuerkennen. Die Schulen sind nach dem Maß ihrer Gemeinnützigkeit durch öffentliche Mittel zu unterstützen“ (S. 60).

Die Zukunft der Trägerschaft

Die abschließenden Empfehlungen richten sich an die Präsidentenkonferenz der katholischen Erziehungsinstitutionen der Schweiz, den Bildungsrat der Schweizer Katholiken und die Arbeits-

stelle für Bildungsfragen. Dem Bildungsrat wird empfohlen, die Anliegen der katholischen Schulen mit aller Deutlichkeit gegenüber kirchlichen und politischen Gremien wahrzunehmen. Dieses „gegenüber“ ist hinsichtlich der kirchlichen Behörden doch fragwürdig. So erscheint nämlich der Dienst der fachlichen Träger der katholischen Bildungsarbeit zu sehr unter dem Aspekt von Leistung und Gegenleistung. Wenn die Bischöfe nur in kirchlichen Fragen (Religionsunterricht, Zuteilung von Geistlichen) und zur Bewilligung von Kollekten zuständig sind und das Fastenopfer und die landeskirchlichen Organe nur dort als Entscheidungs-

träger miteinbezogen werden, wo sie als Geldgeber auftreten, ist die katholische Kirche in der Schweiz ungenügend einbezogen. Gerade in einer Perspektive der katholischen Schulen müßten Vorschläge auch zur Kooperation zwischen den fachlichen und den kirchlichen Trägern der katholischen Bildungsarbeit zu finden sein; müßte von der Mitverantwortung und den Möglichkeiten auch der Mitbestimmung der Räte der nachkonziliaren Kirche die Rede sein; müßte gefragt werden, ob die katholischen Schulen weiterhin so außerhalb der amts- und landeskirchlichen Strukturen bleiben sollen wie in der Vergangenheit. R. W.-Sp.

Politische Entwicklungen

Soziale Marktwirtschaft im Weltmaßstab?

Diskussion über die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU

„Ich habe eingesehen, daß der Prozeß der Entwicklungshilfe sehr viel komplexer ist, als ich ihn mir vorgestellt hatte. Das klingt einfach, aber ich glaube, auch viele andere machen diese Lehre durch.“ Mit diesen beiden Sätzen antwortete Weltbank-Präsident *Robert McNamara* vor einiger Zeit auf die Frage der Londoner „Times“ (4. 3. 75), ob er glaube, in den ersten sieben Amtsjahren Fehler gemacht zu haben. Die Antwort kann geradezu als stellvertretend für eine Fülle ähnlich lautender Einsichten bei den zuständigen Stellen für Entwicklungspolitik — auch in der Bundesrepublik — gesehen werden. Überall ist derzeit von einer Neubesinnung, von einer neuen Strategie, von neuen Ordnungen, Kompetenzen und Schwerpunkten im Entwicklungsbereich die Rede. Noch ist daraus keine einheitliche Linie abzulesen, aber der Prozeß des Umdenkens auf seiten der Industrienationen ebenso wie auf seiten der Entwicklungsländer ist wohl nicht mehr aufzuhalten. Diese Neuorientierung — endgültig durch die Ernährungs-, Energie- und Währungskrisen hervorgerufen — läßt jetzt zur Halbzeit der zweiten Entwicklungsdekade bereits das Konzept dafür als überholungsbedürftig bzw. gar gescheitert erscheinen.

Neben der permanenten nationalen und internationalen Auseinandersetzung über Höhe und Verteilung der Kapi-

talhilfe für die Entwicklungsländer stehen neuerdings besonders drei Fragen im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Diskussion: 1. Welcher Platz und welche Rolle stehen den Entwicklungsländern im Welthandel zu? 2. Sollte der Hauptakzent auf eine rasche Industrialisierung oder einen zügigen Ausbau der Landwirtschaft der Dritten Welt gelegt werden? 3. Wie kann man der ständig steigenden Arbeitslosigkeit in der Dritten Welt am besten begegnen?

Kurskorrektur — nicht Kurswechsel

Gerade auf diesem Hintergrund kommt dem von der Christlich-Demokratischen Union am 4./5. September in Bonn abgehaltenen entwicklungspolitischen Kongreß „Partnerschaft und Solidarität“ besondere Bedeutung zu. Im Rahmen einer seit zwei Jahren durchgeführten Reihe von Fachkongressen der Partei sollte diese Tagung „der Willensbildung und der eigenen Standortbestimmung über Situation und Auftrag der Entwicklungspolitik“ dienen. Grundlage dafür war der bereits am 18. Dezember 1974 von der entsprechenden Kommission verabschiedete Entwurf der „Entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU“.

der schon im Februar nach seiner Veröffentlichung einiges Aufsehen erregt hatte.

Damals hatte der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, *Jürgen Gerhard Todenhöfer*, vor der Presse erklärt, es handele sich bei den Vorstellungen der Partei um eine Kurskorrektur, nicht jedoch um einen Kurswechsel. In seinem Referat auf dem Kongreß dagegen behauptete er, die Konzeption der Bundesregierung sei gescheitert, nicht zuletzt deshalb, weil „sie hinter verschlossenen Türen verabschiedet wurde und es am Mut fehlte, durch eine offene Diskussion den innenpolitischen Konsensus mit der Bevölkerung herzustellen“. Sowohl ein Vergleich der neuen Leitlinien mit den Richtlinien der Bundesregierung für Entwicklungspolitik als auch verschiedene Äußerungen aus dem Regierungslager zu dem CDU-Kommissionsentwurf machen allerdings deutlich, daß die Übereinstimmungen beider Konzeptionen sehr groß sind. Ein angebliches Scheitern der Konzeption der Bundesregierung würde also weitgehend von vornherein ein Scheitern auch der CDU-Konzeption implizieren — es sei denn, der beachtenswerte Mut, die Leitlinien vor ihrer Verabschiedung in der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen, führe zu einer grundlegenden Überarbeitung und Überprüfung. Die zahlreichen kritischen Analysen zumindest bieten genügend Ansatzpunkte für eine solche Revision.

Ausgehend von einer Darlegung der Ziele und Grenzen der Entwicklungspolitik, in der die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer ebenso wie der Ausbau der freien Weltwirtschaft zur Sprache kommt, bemühen sich die Leitlinien um eine Einordnung der Entwicklungspolitik in andere Formen der auswärtigen Politik. Ausführlich werden sodann die Überlegungen zu einer Reform der Handels-, Struktur-, Währungs- und Stabilitätspolitik präsentiert, die bei einer Reihe von Zugeständnissen an die Entwicklungsländer doch auch verstärkt die Eigeninteressen der Bundesrepublik besonders im Rohstoffsektor herausstellen. In der Debatte umstritten waren die Thesen über eine unterschiedliche Strategie gegenüber der Dritten und der neu in die Sprachregelung eingebrachten Vierten Welt. Die entwickelteren Länder der Dritten Welt, die über eigene Rohstoffreserven verfügen, sollen demnach verstärkt in den Handel einbezogen werden, während die ärmsten Länder der Vierten Welt, die über keine eigenen Rohstoffvorkommen verfügen, in Zukunft Empfänger der „klassischen Entwicklungshilfe“, und zwar vorrangig ohne die Verpflichtung zur Rückzahlung, werden sollen. Mit diesem Angebot beschreitet die CDU Neuland. In dem Kapitel über bilaterale und multilaterale Zusammenarbeit dagegen schlägt erneut ganz deutlich die Orientierung am Eigeninteresse der Bundesrepublik durch, die bei bilateraler Hilfe natürlich eher durchgesetzte werden könnte. Die gleichzeitig geforderte Europäisierung der Entwicklungspolitik und das allerdings noch etwas zurückhaltend geäußerte Angebot einer Zusammenarbeit mit

sozialistischen Staatshandelsländern können in diesem Kontext nicht recht überzeugen, da es an Erläuterungen zu einer Einordnung und Durchführung dieser Kooperation fehlt.

Zu den wenigen neuen Vorschlägen zählt dagegen die Forderung, der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern seitens der Bundesrepublik Aufmerksamkeit und Unterstützung zu schenken. Als Schwerpunkte sektoraler Maßnahmen der deutschen Entwicklungshilfe nennen die Leitlinien die städtische und ländliche Entwicklung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit und die Bevölkerungspolitik. Mit dem letzten Punkt ist zwar auch keine Profilierung gegenüber der Politik der Koalition möglich, doch ist es für eine programmatische Äußerung der Christlich-Demokratischen Union bemerkenswert, daß darin zu lesen ist: „Die Bundesrepublik Deutschland sollte, wenn die Regierung eines Entwicklungslandes ihre direkte Unterstützung erbittet, bevölkerungspolitische Maßnahmen auch bilateral fördern.“ Bisher haben bis auf Schweden und die USA fast alle Industrienationen ihre Beiträge zur Geburtenregelung in den Ländern der Dritten Welt über multilaterale Organisationen, wie den Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, geleistet. Vor kurzem wurde jedoch bekannt, daß im Rahmen der deutschen Entwicklungshilfe eine Kondomfabrik im Raume der pakistanischen Hauptstadt, Islamabad errichtet werden soll.

Unter der Überschrift „Instrumente öffentlicher deutscher Entwicklungshilfe“ schlagen die Leitlinien eine größere Flexibilität des Instrumentariums bei gleichzeitiger langfristiger Hilfszusage und Neuüberlegungen für die Kapitalhilfe vor, die eine weitere untragbare Verschuldung der Entwicklungsländer vermeiden sollen. Im Bereich der Technischen Hilfe überraschen die Vorschläge, personellen Einsatz allmählich abzubauen. Zur Qualitätsverbesserung der Entwicklungshilfe will die CDU durch eine straffere Organisation aller beteiligten Ressorts und effektivere Kontrolle beitragen. Die Aussagen über das Volumen der Entwicklungshilfe bleiben sehr vage und enthalten außer einer Kritik an der jetzigen Bundesregierung nur ungenaue Vorschläge für eine Anhebung der Mittel „auf internationaler Ebene“. Die Initiativen gesellschaftlicher Gruppen sowie Privatinvestitionen werden abschließend als wichtige und unaufgebbare Bestandteile einer umfassenden Entwicklungspolitik herausgestellt.

Neuansatz mit Mängeln und Widersprüchen

Während sich das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf eine knappe Erklärung von Bundesminister *Egon Bahr* zu der Rede des CDU-Vorsitzenden *Helmut Kohl* auf dem Kongreß beschränkte, ging es in

der aktuellen Tagesberichterstattung vorwiegend um Erläuterungen der Übereinstimmungen bzw. Abgrenzungen des CDU-Konzepts gegenüber der Politik der Regierung. Lediglich von seiten der Kirchen machte man sich die Mühe, die Leitlinien einer genauen Analyse zu unterziehen und herauszuarbeiten, was an dem Konzept unterstützenswert und was überholungsbedürftig erscheint.

Sowohl der Katholische Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEF) als auch das Kollegium der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AG KED) begrüßten diese erste entwicklungspolitische Standortbestimmung einer deutschen Partei. Damit leiste die CDU einen „wesentlichen Beitrag zur entwicklungspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik“ und mache deutlich, welch hohen Stellenwert sie der Entwicklungspolitik einräume (KAEF). Das Dokument wird zudem begrüßt als „fruchtbarer Neuansatz für die weitere entwicklungspolitische Meinungs- und Willensbildung“ der CDU, als Zeichen für „eine klare und richtungweisende Position“ und nicht zuletzt als „grundsätzliche politische Orientierung auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1976“ (AG KED).

In den kritischen Anmerkungen beider Gremien zu den Leitlinien läßt sich insgesamt eine weitgehende Übereinstimmung feststellen. Eine grundlegende Schwäche des Dokuments wird besonders hervorgehoben: Es fehlt eine Definition der grundsätzlichen Zielsetzung und Motivation der Entwicklungspolitik, auf die sich alle weiteren Aussagen zu beziehen hätten. Dabei müßten auch die Wertvorstellungen erkennbar werden, auf denen die Leitlinien beruhen. In der jetzigen Fassung habe man den Eindruck, „daß den Leitlinien teils die Konsistenz fehlt“ (KAEF) bzw. „diese Ziele nicht immer voll durchgehalten werden“ (AG KED). Regelrechte Widersprüche findet der, der sich die Mühe macht, alle über den Text verstreuten Definitionen und Motivationen herauszusuchen und zu vergleichen.

Auffallend ist der Widerspruch gerade in den Aussagen über die Eigenverantwortung der Entwicklungsländer. In den Leitlinien heißt es zwar: „Die Hauptverantwortung für ihre Entwicklung tragen die Entwicklungsländer... Jedes Volk hat das Recht, eigene Wege zur Gestaltung seiner Gesellschaft, seiner Wirtschaft, seiner Kultur und seiner Staatsform zu gehen. Die Industrieländer müssen daher darauf verzichten, den Entwicklungsländern ihre Wirtschafts-, Gesellschafts- und Staatsmodelle von außen aufzudrängen zu wollen.“ Doch unmittelbar danach folgt der Zusatz: „Wo Entwicklungsvorhaben in ihrer Zielsetzung den deutschen Auffassungen von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt in entscheidenden Punkten widersprechen, sollte die deutsche Mitarbeit auf Bereiche, in denen größere Übereinstimmung besteht, verlagert werden.“ An anderer Stelle heißt es unzweideutig: „Entwicklungshilfe sollte unabhängig von der Regierungs-, Staats-

und Gesellschaftsform eines Entwicklungslandes geleistet werden, solange sichergestellt ist, daß sie tatsächlich der Bevölkerung zugute kommt.“ Dieses Prinzip wird wenig später durch die Forderung aufgehoben, die für die Länder der Dritten Welt zur Verfügung stehenden Mittel müßten schwerpunktmäßig auf Länder konzentriert werden, „die der Bundesrepublik Deutschland durch gemeinsame politische Ziele, Interessen und Probleme verbunden sind oder von deren Energie- und Rohstofflieferungen die Bundesrepublik Deutschland besonders abhängig ist“.

Europäische Ordnungsvorstellungen oder Unabhängigkeit?

Aus diesen und ähnlichen Beispielen schließt der KAEF, die Leitlinien gingen „weithin von europäischen Ordnungsvorstellungen und Zielüberlegungen aus. Sie machen zu wenig den Versuch, diese auf ihre Geltungsberechtigung für Situationen und Auffassungen der Entwicklungsländer zu überprüfen.“ Die Erwartung, daß die Partner die „deutschen Auffassungen von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt“ akzeptieren, widerspreche dem Prinzip der Partnerschaft. Statt dessen setzt sich das katholische Gremium „für eine neue Qualität der Entwicklungspolitik“ ein, „die sich vorrangig an den Bedürfnissen der Menschen und Völker in den Entwicklungsländern orientiert“. Zum gleichen Punkt heißt es von evangelischer Seite, das Adjektiv „fair“ im Zusammenhang mit „Partnerschaft“ bedürfe der Qualifizierung, ohne die es mißverständlich sei. Im übrigen sei zu beachten, daß „Partnerschaft zwischen Ungleichen begründet wird, die immer die Gefahr in sich birgt, daß der Stärkere seine ‚Auffassungen von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt‘ unreflektiert zum Tragen bringt“. Wichtig sei deshalb auf seiten der Industrieländer die Bereitschaft, „sich selbst einem Lernprozeß zu unterwerfen und auf die Ausnutzung von Machtpositionen zu verzichten“. Der dafür erforderliche Dialog „sollte auch mit jenen Entwicklungsländern nicht gescheut werden, die nicht die eigenen Auffassungen teilen“. Der aner kennenswerte Grundsatz der Nichteinmischung in die politischen Auseinandersetzungen eines Entwicklungslandes bedarf nach Meinung der evangelischen Entwicklungsexperten allerdings in all den Fällen einer differenzierten Beurteilung, in denen die Zielsetzung, wonach Entwicklungshilfe tatsächlich der Bevölkerung zugute kommen muß, in Frage gestellt ist: „Ihre Absichten und Beweggründe muß sie den Partnern deutlich machen, und sie muß sich daran messen lassen, welchen Interessen sie tatsächlich dient.“

Als „kurzfristige Perspektive“ wird die „handfeste Forderung“ (KAEF) bezeichnet, vornehmlich mit Energie- und Rohstofflieferanten und Förderern unserer politischen Ziele und Interessen in der Dritten Welt zusammenzuarbeiten. Begründet wird diese Kritik damit, daß sich am Entwicklungsstand dieser Länder nichts geändert hat,

sondern ihnen lediglich eine zusätzliche Zahlungskapazität zugewachsen ist. Deshalb sollte auch für die Zusammenarbeit mit diesen Ländern die entwicklungspolitische Zielsetzung zumindest gleichrangig neben der Berücksichtigung eigener Interessen stehen.

In den kirchlichen Analysen wird der Frage der Abgrenzung bzw. Zuordnung von deutschen Eigeninteressen und Bedürfnissen der Entwicklungsländer große Bedeutung beigemessen. So wird die Ansicht vertreten, daß zwar in höherem Maße bei fortgeschritteneren Ländern „entwicklungsrelevante Ansätze für flankierende Politiken im außenwirtschaftlichen Bereich gegeben“ seien, dies jedoch nicht dazu verleiten dürfe, „Partnerschaft und Wirtschaftsbeziehungen deutschen Eigeninteressen zu unterwerfen. Vielmehr gilt umgekehrt, daß die flankierenden Politiken so gestaltet werden müssen, daß sie Entwicklung fördern“ (AG KED). Im übrigen wird es als „legitim und notwendig“ bezeichnet, auch in der Entwicklungspolitik die vorhandenen eigenen Interessen zu berücksichtigen. Gewarnt wird jedoch vor der Gefahr, daß die deutsche Entwicklungspolitik unglaubwürdig wird, „wenn sie das nationale Eigeninteresse in den Mittelpunkt der Zielüberlegungen stellt. Diese Einengung des bisher von aktuellen und egoistischen Zwängen weitgehend freien Raumes ‚Entwicklungspolitik‘ würde auch in der internationalen Diskussion als ein Rückschritt gewertet werden“ (KAEF). Gleichzeitig würde dies einer Kapitulation vor der sicherlich schwierigen Aufgabe gleichkommen, die Öffentlichkeit auch mit unpopulären Sachverhalten und Entschlüssen vertraut zu machen.

„Nur Freiheit schafft Entwicklung“

Einig sind sich die kirchlichen Entwicklungsgremien auch in der Beurteilung der Aussagen zu Entwicklung und Wachstum. Den Leitlinien wird der Vorwurf gemacht, „offensichtlich von einem vorrangig wachstumsorientierten, mehr technokratisch eingegengten Entwicklungsbegriff“ auszugehen (KAEF) und sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt allein ökonomisch-technisch zu interpretieren (AG KED). Gerade von einer christlich motivierten Partei könne man aber erwarten, daß sie über ein vorwiegend wirtschaftlich orientiertes Wachstum hinaus eine gesamt-menschliche Entwicklung anstrebt, „die zur geistigen, kulturellen und religiösen Identitätsentfaltung beiträgt“ (KAEF). Auf evangelischer Seite findet sich die Aussage mit einer interessanten Nuancierung: „Entwicklungspolitik als Sozialpolitik muß sich zur politischen, auch geistigen und kulturellen Identitätsentfaltung bekennen.“

Auf diese Kritik scheint der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl in seiner Rede auf dem entwicklungspolitischen Kongreß direkt reagiert zu haben, als er davon sprach: „Wir sind davon überzeugt, daß die Selbstverwirklichung des Menschen nur in Freiheit möglich ist. Freiheit in diesem

Zusammenhang heißt, daß Menschen die Chance haben müssen, frei von Armut, Furcht und Zwang, frei von sozialer Ausbeutung und politischer Unterdrückung über ihr Leben und ihre Gesellschaftsordnung entscheiden zu können. Gerade in einer an der christlichen Ethik und am Glauben orientierten Partei wie der CDU muß darüber Klarheit bestehen. Hilfe zur Überwindung materieller Not muß langfristig auch die Grundlage für die Verwirklichung menschenwürdiger, freiheitlicher Ordnungen schaffen. Dies ist für uns eine Grundlage unserer Außen- und Entwicklungspolitik. Darin gründet unsere entschiedene Ablehnung von Kolonialismus, Rassismus und Hegemoniestreben. Zwang mag Wachstum schaffen, aber nur Freiheit schafft Entwicklung.“

Auch in verschiedenen anderen Punkten haben die kritischen Stellungnahmen der Kirchen bereits in der Rede Kohls ihren Niederschlag gefunden. Als großen Mangel bezeichnete es der KAEF, daß die Analyse der Ausgangsgegebenheiten in den Entwicklungsländern nicht genügend durchgeführt und auf eine Kausalanalyse der Entwicklung in den Industriestaaten und der Unterentwicklung in den Entwicklungsländern verzichtet werde. Teils werde eine „verzerrte Darstellung“ geboten, und die „fundamentale Ungleichheit“, die die „Zielsetzung von ‚Partnerschaft‘, ‚vertrauensvoller Zusammenarbeit‘ und ‚gegenseitiger Achtung‘ weithin problematisch macht“, finde keine Erwähnung. Die bestehenden „asymmetrischen Abhängigkeiten“ ließen die grundsätzlich wünschenswerte „Freiheit des Wettbewerbs in einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft“ als nicht realisierbar erscheinen. Auf einen weiteren Widerspruch der Leitlinien in diesem Zusammenhang verweist die AG KED: Mit Recht stelle der Entwurf zwar fest, daß strukturelle Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft in hohem Maße eine grundlegende Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern behindere, doch könne dies nicht dadurch aufgehoben werden, daß man — wie es die CDU tut — eine noch stärkere Integration der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft fordere. Vielmehr liege in den meisten Fällen eine durch die Ausrichtung auf die Volkswirtschaften der Industrieländer geprägte „Überintegration vor, die sich in der Abhängigkeit vom Export weniger Produkte und einer weitgefächerten Importstruktur äußert“.

Das Gespenst der Kartell-Politik

Auf diese kritischen Anmerkungen ging Helmut Kohl ebenso ein wie auf den Tadel, die Leitlinien setzten sich nicht mit der Kritik am derzeitigen Weltwirtschaftssystem und der Feststellung, „daß die Unterentwicklung vieler Länder und die sozialen Ungleichgewichte in ihnen gerade auch das Ergebnis des freien Welthandels sind“ (KAEF), auseinander. Gerade auf dem Hintergrund der fast gleichzeitig stattfindenden 7. UN-Sondervollversammlung, der Konferenz der Blockfreien in Lima sowie der Jahres-

tagung 1975 des Internationalen Währungsfonds, die sich alle in besonderer Weise mit Problemen einer neuen Weltwirtschaftsordnung beschäftigten, kam den Ausführungen des CDU-Vorsitzenden zu Beginn der Leitlinien-Debatte besondere Bedeutung zu. Zwar begann er mit einem Hinweis auf eine überwältigende Mehrheit in den Vereinten Nationen, die sich für eine neue Weltwirtschaftsordnung einsetzt, „deren Kernpunkt die internationalen Rohstoffkartelle sind“, und fügte hinzu: „Es gibt eigentlich nur zwei Staaten, die zur Verteidigung einer freien Weltwirtschaft bereit sind: die USA und die Bundesrepublik.“ Doch beließ er es nicht bei dieser Feststellung. Er zeigte vielmehr den Zusammenhang zwischen diesen radikalen Forderungen und den Mängeln des bisherigen Systems des freien Welthandels auf und zog daraus beachtenswerte Schlußfolgerungen für die praktische Politik. Er stellte die Frage, „warum die Struktur des Warenaustausches noch immer der des Kolonialzeitalters“ entspreche, und kam zu dem Schluß: „Wenn wir unsere Märkte nicht für jene Waren öffnen, die in den Entwicklungsländern wegen niedriger Lohnkosten oder wegen eines hohen Rohstoffanteils billiger produziert werden können, dann werden die Einbahnstraßen des Welthandels bestehen bleiben. Die Entwicklungsländer brauchen unsere Märkte für einfache Industriewaren, sonst ist für sie ein System der internationalen Arbeitsteilung uninteressant. Wenn wir unsere Tore nicht öffnen, dann arbeiten wir den Befürwortern der Kartellpolitik in die Hände.“

Dagegen blieb der CDU-Vorsitzende die Antwort auf zwei weitere Fragen der Kirchen schuldig. So wollten sie wissen, welche konkreten finanziellen Zusagen die CDU im Bereich der Entwicklungshilfe machen könne, da sie sich bisher nur auf Angriffe gegen die Mittelbewilligung der jetzigen Regierung und auf eine anvisierte Abstimmung mit anderen Ländern beschränkte. Ebenso versagte er sich jede Bemerkung zu der Feststellung, ein gravierender Mangel der Leitlinien sei es, daß sie über die Öffentlichkeitsarbeit und Bewußtseinsbildung nichts sagen. Gerade in diesen Bereichen aber wird sich zeigen, ob die CDU als Partei geschlossen hinter dem hier vorliegenden Konzept der Priorität für die Entwicklungspolitik steht und ob es ihr gelingt, die eindeutig vorhandenen Schranken gegenüber entwicklungspolitischen Aufgaben in der eigenen Partei und in der deutschen Öffentlichkeit abzubauen.

Die kirchlichen Stellungnahmen enthalten noch eine Fülle weiterer Anregungen und Bemerkungen, die eine genaue Prüfung verdienen. Diese reichen von dem Hinweis auf die fragwürdige Terminologie „Dritte und Vierte Welt“ über eine Distanzierung von dem Prinzip, personelle Hilfe abzubauen und private Unternehmertätigkeit in den Entwicklungsländern überproportional zu fördern, bis hin zu Einschränkungen hinsichtlich der Vorstellungen der Leit-

linien über projektorientierte Hilfe und neue Organisationsformen.

Gemeinsamkeit gefordert

Die Diskussion darüber, was an den Thesen neu und was überholt, was Original und was Kopie, was durchführbar und was unrealistisch ist, muß sicherlich auch nach dem entwicklungspolitischen Kongreß fortgesetzt werden. Die allzu zahlreichen Äußerungen und Kursänderungen des entwicklungspolitischen Sprechers Todenhöfer haben bisher allerdings einer solchen sachlichen Auseinandersetzung nur geschadet. Unmißverständlich umriß dagegen Helmut Kohl die Grundlage entwicklungspolitischer Aktivität seiner Partei: „Entwicklungspolitik ist für uns nichts anderes, als daß ein wesentliches Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, die Solidarität mit den Schwachen, auch in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen Anwendung finden soll . . . Die Prinzipien der persönlichen Freiheit und der sozialen Gerechtigkeit, nach denen wir im eigenen Lande unsere Politik gestalten, haben prinzipielle Gültigkeit. Die Gültigkeit unserer Prinzipien ist nicht durch unsere staatlichen Grenzen begrenzt. Wir wollen unsere Außen- und Entwicklungspolitik nach jenen Werten ausrichten, die auch im Innern unser Handeln bestimmen.“ Diese Ausweitung des Prinzips der sozialen Marktwirtschaft auf die Welt bleibt ein bedeutsames Kriterium christlich-demokratischer Entwicklungspolitik.

Trotz der oft geradezu hämischen Berichterstattung über den CDU-Kongreß bleibt festzuhalten, daß von seiten der SPD und FDP entsprechende Initiativen bisher gänzlich fehlen, „daß die programmatischen Äußerungen (der SPD) . . . zu diesem Thema nicht sonderlich zahlreich und umfassend sind“ (epd-Entwicklungspolitik, 4/75), ja nach Meinung der Jungsozialisten Entwicklungspolitik „bislang in der SPD nur eine Randläuferfunktion“ einnimmt. Schon deshalb ist die Herausforderung durch die CDU nützlich. Es sollte nicht darum gehen, ähnlich wie in der Ostpolitik auch in der — wie es neuerdings heißt — Südpolitik Konfrontation um der Opposition willen zu schaffen. Minister Bahr stellte fest, die Grundsatzausführungen Kohls hielten sich im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik, wie er zuletzt in den 25 Thesen von Gymnich formuliert worden sei. Etwas süffisant fügte er hinzu, die CDU habe keine diesen Rahmen sprengenden Vorschläge. Dies wollte er allerdings nicht als Vorwurf, sondern als Feststellung gemeint wissen, die es gestatte, im Interesse der Entwicklungsländer, aber auch unseres Landes, zusammenzuwirken. Die kommenden Debatten werden zeigen müssen, wieweit die Übereinstimmung reicht und ob die Prioritäten der Entwicklungspolitik von den betroffenen Entwicklungsländern oder argwöhnisch eigene Konzepte verteidigenden Parteien in der Bundesrepublik gesetzt werden. *Norbert Sommer*